

GS-WG-01 Wir teilen den Wohlstand gerechter

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 08.03.2017
Tagesordnungspunkt: GS.GS-WG Wir teilen den Wohlstand gerechter

1 Der gesellschaftliche Zusammenhalt bröckelt, wenn das Wohlstandsgefälle in der Bevölkerung
2 zu hoch ist. Die Schere zwischen Arm und Reich hat sich in Deutschland in den vergangenen
3 Jahrzehnten zu weit geöffnet. Obwohl die Wirtschaft stets gewachsen ist, sank das reale
4 Einkommen von Geringverdiener*innen und Teilen der Mittelschicht, die Einkommen und Vermögen
5 der Topverdiener*innen wuchsen dagegen deutlich. Wir Grünen wollen das ändern und alle fair
6 an Wohlstand und Lebensqualität beteiligen. Niemand sollte in Armut leben. Wohlhabende
7 sollten einen fairen Beitrag zum Gemeinwesen leisten.

8 Das Auseinanderdriften von Arm und Reich schafft wirtschaftliche Probleme. Wenn
9 Wohlstandsgewinne bei der Mehrheit der Menschen nicht ankommen, ist das nicht nur ungerecht
10 – es fehlen auch kaufkräftige Kunden. Stattdessen fließt zu viel Geld auf den globalen
11 Finanzmarkt, wo schon zu oft durch spekulative Blasen, überhitzte Immobilienmärkte und
12 Finanzkrisen Wohlstand vernichtet wurde. Zu große Ungleichheit schadet einer demokratischen
13 Gesellschaft. Denn sie gibt wenigen Menschen zu viel Macht. Und sie ist ungerecht, denn der
14 Bezug von großem Reichtum zu gesellschaftlich anerkannter Leistung geht verloren, während
15 viele Menschen trotz harter Arbeit kaum über die Runden kommen. Menschen respektieren hohes
16 Einkommen, wenn es durch Anstrengung, tolle Leistung oder großes Talent erzielt wird. Aber
17 wenn Finanzjongleure Millionen machen, Managerinnen und Manager das Hundertfache ihrer
18 Angestellten verdienen und Krankenschwestern, Polizist*innen oder Erzieher*innen
19 unterbezahlt sind, dann läuft etwas falsch.

Für eine Wende am Finanzmarkt

21 Entfesselte und aufgeblähte Finanzmärkte haben keinen Nutzen für die Gesellschaft und
22 verschärfen die Ungleichheit. Der Anteil der Finanzgeschäfte an der Volkswirtschaft ist in
23 den vergangenen drei Jahrzehnten stark gestiegen. Viele davon haben keine sinnvolle Funktion
24 für die reale Wirtschaft, weil Beschäftigte, Unternehmen oder Verbraucherinnen und
25 Verbraucher nichts davon haben. Doch wenn Spekulationsblasen platzen, zahlen sie die Zeche.
26 Seit Ausbruch der Finanzkrise 2008 sind in Europa noch immer Millionen Menschen ohne Arbeit,
27 die Jugendarbeitslosigkeit in einigen südeuropäischen Staaten beträgt über 40 Prozent. Mit
28 Milliarden Euro wurden Banken gerettet, Staaten ächzen unter den Schulden, Geld für
29 öffentliche Investitionen fehlt. Die europäischen Regierungen haben daraufhin leider viel zu
30 zaghaft reguliert. Der Finanzsektor bläht sich wieder auf, Immobilienpreise und Mieten
31 steigen, Steuersümpfe florieren. Europäische Banken sind weiter instabil, auch
32 Bausparkassen, Lebensversicherer oder Pensionskassen haben Probleme.

33 Wir müssen die Finanzmärkte nach der Finanzkrise noch besser regulieren, damit sie wieder
34 der Gesellschaft und der Realwirtschaft dienen, sinnvoll die Investitionen in einer
35 Volkswirtschaft lenken und den Menschen vernünftige Geldanlagen ermöglichen. Wir Grünen
36 fordern eine Schuldenbremse für Banken, damit sie selbst für ihre Verluste einstehen können.
37 Auch Versicherungen brauchen mehr Eigenkapital und für Schattenbanken sind viel strengere
38 Regeln nötig. Den Hochfrequenzhandel werden wir mit einer Finanztransaktionssteuer und
39 geeigneten Marktregeln ausbremsen, damit langfristig orientierte Akteure am Finanzmarkt

40 nicht geschädigt werden. Wenn nötig, muss der Staat auch den Vertrieb von schädlichen oder
41 intransparenten Anlageprodukten verbieten. Zu große Banken sind eine Gefahr für die
42 Realwirtschaft, da wir sie nicht ohne Schaden für alle abwickeln können. Deshalb brauchen
43 wir eine stärkere Fusionskontrolle. Sind Banken bereits zu groß, wollen wir sie entflechten
44 und das Einlagengeschäft vom krisenanfälligen Handelsgeschäft trennen. Für Kleinstbanken
45 wollen wir dagegen weniger Bürokratie. Verbraucherinnen und Verbraucher, müssen besser vor
46 undurchsichtigen und gefährlichen Finanzprodukten geschützt werden. Die provisionsgetriebene
47 Beratung wollen wir verbieten und einen Umstieg zur Honorarberatung organisieren (à Kapitel:
48 Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark).

49 **Für faire Löhne – Leistung soll sich für alle lohnen**

50 Die Kapitaleinkommen sind in den vergangenen Jahren stark gestiegen, während die
51 Arbeitseinkommen über viele Jahre weitgehend stagnierten. Zuletzt sind die Reallöhne zwar
52 wieder gestiegen, aber es muss jetzt darum gehen, diese Tendenz zu verstetigen. Dafür wollen
53 wir das Tarifsysteem wieder stärken. Tarifverträge sollten einfacher allgemein verbindlich
54 für alle Betriebe einer Branche gelten. Davon profitieren Beschäftigte und Arbeitgeber*innen
55 gleichermaßen.

56 Vorstände in großen Unternehmen konnten in den vergangenen Jahren sehr hohe
57 Gehaltssteigerungen durchsetzen. Das Verhältnis zwischen ihren Einkommen und normalen Löhnen
58 ist inzwischen oft unverhältnismäßig zur Leistung. Diesem Trend wollen wir entgegenwirken,
59 indem wir die Rechte der Aktionäre stärken. So wollen wir, dass Unternehmen verpflichtend
60 die Vorstandvergütung in Relation zur Normalbelegschaft veröffentlichen müssen. Die
61 Mitfinanzierung von überhöhten Gehältern, Abfindungen und Versorgungszusagen durch die
62 Bürgerinnen und Bürger wollen wir begrenzen. Die steuerliche Abzugsfähigkeit von Abfindungen
63 wollen wir daher bei einer Millionen Euro pro Kopf deckeln, jene von Gehältern bei 500.000
64 Euro pro Jahr und Kopf. Erfolgsbeteiligungen sollen grundsätzlich an den langfristigen
65 Erfolg des Unternehmens anknüpfen. Gleichzeitig sind bei Geringverdienerinnen und
66 Geringverdienern die Löhne in den vergangenen Jahrzehnten real gesunken. Der eingeführte
67 Mindestlohn war ein wichtiger Etappensieg. Er muss ausnahmslos für alle regulär Angestellten
68 gelten. Damit Geringverdienende mehr im Geldbeutel haben, wollen wir sie bei den
69 Sozialabgaben entlasten. Viele Millionen Menschen arbeiten in Leiharbeit oder befristet. Was
70 im Sinne der Flexibilität gelegentlich sinnvoll sein kann, wird oft missbraucht, um Löhne
71 dauerhaft zu senken. Den Trend zu immer mehr unsicheren Jobs wollen wir Grünen umkehren.
72 Ohne guten sachlichen Grund sollten Jobs nicht mehr befristet werden können und Leiharbeit
73 ab dem ersten Tag gleich bezahlt werden – plus Flexibilitätsprämie. Ein selbstbestimmtes
74 Leben darf auch keine Frage des Geschlechts sein. Wir Grünen wollen, dass Frauen und Männer
75 endlich die gleichen Karrierechancen haben und gleiche Löhne für gleiche und gleichwertige
76 Arbeit erhalten. Wir setzen uns für ein echtes Entgeltgleichheitsgesetz, die bessere
77 Bezahlung von typischen Frauenberufen sowie eine funktionierende Frauenquote ein.

78 Minijobs wollen wir in sozialversicherungspflichtige Jobs umwandeln und dafür sorgen, dass
79 die Beiträge durch Steuern, Abgaben und soziale Leistungen so aufeinander abgestimmt werden,
80 dass sich Erwerbsarbeit immer rechnet. Dabei darf die Belastung mit Steuern und Abgaben
81 nicht sprunghaft steigen. So wird es attraktiver, mehr als nur geringfügig zu arbeiten.

82 **Für eine faire und ausgleichende Steuerpolitik**

83 Steuern finanzieren unser Gemeinwesen. Sicherheit, Infrastruktur und Bildung sind
84 Voraussetzungen für eine funktionierende Gesellschaft. Von ihnen profitiert auch unsere
85 Wirtschaft. Die aktuell entspannte gesamtstaatliche Haushaltssituation ist bedingt durch
86 historisch niedrige Zinsen und den hohen Beschäftigungsstand. Sie darf nicht darüber
87 hinwegtäuschen, dass strukturelle Risiken weiter bestehen. Um den Investitionsstau in

88 unserem Land aufzulösen, braucht es deshalb größere finanzielle Spielräume – insbesondere
89 für die Kommunen.

90 Ein gerechtes Steuersystem sorgt dafür, dass alle nach ihrer Leistungskraft zu einer
91 intakten und funktionierenden Gesellschaft beitragen. Hier liegt in Deutschland jedoch
92 einiges im Argen. Arbeit wird bei uns häufig höher besteuert als Zinsen und Renditen. Das
93 wollen wir Grünen ändern. Kapitalerträge sollen mit dem persönlichen Einkommenssteuersatz
94 belegt werden. Noch immer gehen uns hohe Steuereinnahmen verloren. Mit aggressiven
95 Steuertricks, dem Bankgeheimnis und den Steuerdumpingländern gibt es gerade für Superreiche
96 zu viele Möglichkeiten, sich der Steuerverantwortung zu entziehen. Dieser Praxis sagen wir
97 den Kampf an. Es darf keine anonymen Briefkastenfirmen mehr geben, Geschäfte in
98 Steuersümpfen, die Steuerbetrug systematisch unterstützen, werden wir sanktionieren,
99 Steuerpflicht binden wir an die Staatsangehörigkeit. Alle international tätigen Unternehmen
100 sollen ab einer gewissen Größe ihre Gewinne und Steuerzahlungen nach Staaten offenlegen,
101 damit sichtbar wird, wenn Konzerne wie Starbucks, Apple oder Google ihre Gewinne so
102 verschieben, dass sie in den Ländern, in denen sie gute Geschäfte machen, keine Steuern
103 zahlen. Trickereien mit Lizenzgebühren und Zinsen wollen wir unterbinden. So stärken wir
104 auch unseren Mittelstand. Es herrscht kein fairer Wettbewerb, wenn Amazon weniger Steuern
105 zahlt als die Buchhändlerin um die Ecke.

106 Auch Vermögende können mehr zu unserem Gemeinwesen beitragen. Wir Grünen wollen eine
107 verfassungsfeste, ergiebige und umsetzbare Vermögenssteuer für Superreiche.
108 Selbstverständlich legen wir dabei besonderen Wert auf den Erhalt von Arbeitsplätzen und die
109 Innovationskraft von Unternehmen. Die Große Koalition hat die Erbschaftssteuer komplizierter
110 und nicht gerechter gemacht. Sollte sie abermals vor dem Bundesverfassungsgericht scheitern,
111 werden wir ein einfaches und gerechtes Erbschaftssteuermodell entwickeln, das mit dem
112 Grundgesetz übereinstimmt. Wir wollen kleine und mittlere Einkommen durch eine Erhöhung des
113 Grundfreibetrags entlasten und zur Gegenfinanzierung den Spitzensteuersatz oberhalb von
114 100.000 Euro an zu versteuerndem Single-Einkommen erhöhen. Für Mittelstand, Selbständige und
115 Arbeitnehmer*innen wollen wir das Steuersystem gleichzeitig vereinfachen, um sie dadurch zu
116 entlasten. Dazu gehören erhöhte Abschreibungsgrenzen für geringwertige Wirtschaftsgüter
117 sowie eine Vereinfachung bei der Umsatzsteuer mit Blick auf die aufwändigen Verfahren beim
118 Handel innerhalb der EU.

119 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

120

121 **Schuldenbremse für Banken – Schattenbanken regulieren**

122 Wenn eine Bank in Schieflage gerät, dann darf nicht länger der Steuerzahler die Last tragen.
123 Wir wollen eine einfache, aber harte Eigenkapitalquote, die Banken verpflichtet, ihre
124 Geschäfte mit mehr Eigenkapital zu unterlegen. So können sie für ihre Risiken besser selbst
125 einstehen. Damit risikoreiche Anlagen nicht länger aus dem regulierten Bereich ausgelagert
126 werden können, muss der Schattenbankensektor analog zum regulären Bankensektor klare Regeln
127 erhalten. Alle Gesellschaften, die im weiteren Sinne Bankgeschäfte betreiben, müssen den
128 gleichen Regeln unterliegen wie Kreditinstitute.

129

130 **Steuersümpfe trockenlegen – weltweite Regeln gegen Steuervermeidung**

131 Panama Papers, Offshore- oder Luxemburg-Leaks – wir nehmen nicht hin, dass Konzerne und
132 Superreiche mit Hilfe von Bankgeheimnis und Steuerdumpingländern ihren Beitrag zum
133 Gemeinwohl unterschlagen. Darum kämpfen wir für ein international verbindliches Regelwerk,
134 das Mindeststandards für die Steuerpflichten von Unternehmen und Staaten setzt. Auch zu

135 Hause werden wir aktiv: Banken und Kanzleien untersagen wir Geschäfte mit unkooperativen
136 Ländern, internationale Konzerne müssen ihre Gewinne nach Ländern aufschlüsseln und
137 Briefkastenfirmen entziehen wir durch ein Transparenzregister die Grundlage. So sorgen wir
138 dafür, dass alle Unternehmen ihre Verantwortung für das Gemeinwesen wahrnehmen und ihren
139 steuerlichen Beitrag leisten ☒ der internationale Kaffeekonzern ebenso, wie es heute schon
140 der Bäcker an der Ecke tut.

141

142 **Mehr für das Gemeinwohl – Superreiche in die Verantwortung nehmen**

143 Wir wollen nicht, dass sich Superreiche und Spitzenmanager von der Gesellschaft abkoppeln.
144 Zu oft verliert die Vergütung von Managern und Managerinnen den Bezug zum eigenen Beitrag
145 und zum Durchschnittsverdiener. Wir setzen ein klares Stoppsignal: Zukünftig sollen
146 Unternehmen nur noch maximal 500.000 Euro pro Kopf von der Steuer absetzen können. Auch weil
147 Manager-Gehälter zu Lasten der Allgemeinheit gehen, wenn Unternehmen die Zahlungen als
148 Betriebsausgaben absetzen. Außerdem braucht es eine verfassungsfeste, ergiebige und
149 umsetzbare Vermögenssteuer für Superreiche, denn in wenigen Ländern Europas sind die
150 Vermögen so ungleich verteilt wie in Deutschland. Selbstverständlich legen wir dabei
151 besonderen Wert auf den Erhalt von Arbeitsplätzen und die Innovationskraft von Unternehmen.
152 Denn wir wollen, dass alle einen fairen Beitrag leisten, wenn unser Gemeinwesen finanziert
153 wird und Zukunftsinvestitionen getätigt werden.

154
